Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 189. Montag, 16. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 5/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Gewährter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 30.

Verantwortlich für Redaktion: i. V.: R. Teichmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Kabinett für Stresemann

BP. Während die halbamtliche Mitteilung über die am Freitag stattgehabte Kabinettssitzung über den außenpolitischen Teil der Beratungen keine näheren Mitteilungen macht, hören wir von gutunterrichteter Seite, daß der von Dr. Stresemann vertretene Standpunkt in außenpolitischer Hinsicht die volle Zustimmung sowohl des Reichskanzlers als auch der übrigen Minister fand. Die Kabinettssitzung ist danach als ein voller Erfolg Dr. Stresemanns zu bezeichnen. Die Reichsregierung kam anschließend an das Exposé des Außenministers zu der einmütigen Auffassung, daß das dem Sekretariat des Völkerbundes seit dem Frühjahr vorliegende deutsche Aufnahmegesuch nicht zurückzuziehen sei. Sollten in der Frage der Zuteilung der Ratssitze, und zwar an Spanien und Polen, neue Momente eintreten, die mit den bekannten Richtlinien der deutschen Außenpolitik nicht in Einklang zu bringen sind, würde das Reichskabinett naturgemäß vor eine neue Entscheidung gestellt werden.

Die nächste Kabinettssitzung über Genf wird nach Ansicht der zuständigen Kreise erst Ende August stattfinden. Aus den vorliegenden neueren Nachrichten über einen Zusammentritt der Studienkommission zur Klärung der Ratsfrage schon am 24. August schließt man allerdings, daß sich neue langwierige Verhandlungen vorzubereiten scheinen. Die Reichsregierung erwartet die Einladung des Völkerbundssekretariats zur Teilnahme an den Verhandlungen der Studienkommission im Laufe dieser Woche. Die deutschen Vertreter werden unter keinen Umständen bei den Verhandlungen sich auf irgendwelche Bindungen einlassen, sondern ihre Tätigkeit wird lediglich rein beobachtenden Charakter haben.

Was die Zusammensetzung der deutschen Delegation für die Völkerbundratstagung selbst betrifft, so wird diese erst in der für Ende dieses Monats vorgesehenen Kabinettssitzung bestimmt werden, und wenn es unzweifelhaft feststeht, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund unter den bekannten Voraussetzungen gesichert ist.

Nach neueren Informationen soll der französische Ministerpräsident beabsichtigen, sich gleichfalls zu den Verhandlungen nach Genf zu begeben. Ein derartiger Entschluß Poincarés würde in Berlin die größten Bedenken hervorrufen, weil durch die Anwesenheit des französischen Ministerpräsidenten der glatte Verlauf der Dinge in Genf behindert werden könnte. Es sei nur darauf hinzuweisen, daß Poincaré ein warmer Befürworter der polnischen Ansprüche auf einen ständigen Ratssitz ist. An Berliner zuständiger Stelle wird denn auch bereits erwogen, ob es nicht zweckmäßiger sei, daß sich neben Dr. Stresemann auch der Reichskanzler nach Genf begibt. Eine Entscheidung darüber wird jedoch erst erfolgen, wenn sich die Reise Poincarés nach Genf bestätigen sollte.

Verminderung der Besatzungstruppen und Deutschlands Abrüstung.

London. Die Times beschäftigt sich an leitender Stelle mit der Verminderung der französischen Besatzungstruppen im Rheinlande und mit den noch unerledigten Abrüstungsfragen. Das Blatt stellt mit Befriedigung fest, daß gerade unter einer Regierung Poincaré ein solcher Schritt unternommen würde. Keine Aktion des Mannes, der die Besetzung der Ruhr angeordnet habe, könne das deutsche Volk mehr von dem ernsten Wunsch Frankreichs überzeugen, die Versöhnungspolitik fortzusetzen. In Locarno sei den deutschen Vertretern ein mündliches Versprechen über Herabsetzung der Truppenzahl gemacht und dieses Versprechen sei darauf von der Botschafterkonferenz auch schriftlich bestätigt worden. Die ganze Kontroverse sei zweifellos auf das mißlungene Bemühen zurückzuführen, die in diesem Schreiben enthaltenen Ausdrücke, wie „beträchtlich" und „annähernd normale Stärke" richtig auszulegen. Auf die Forderungen, die die Alliierten ihrerseits in der Abrüstungsfrage stellen, übergehend, führt die Times alle die Punkte an, in denen die Abrüstung Deutschlands noch nicht vollständig den Bestimmungen des Versailler Vertrages entsprechen soll und erklärt zum Schluß, es sei für beide Teile nicht gewinnbringend, über Punkte zu streiten, die nicht lebenswichtig seien. Wenn der gute Wille vorhanden sei, dann werde man sicherlich über alles hinwegkommen und der Versuchung aus dem Wege gehen können, mit derartigen Beschwerden und ähnlichen Gegenbeweisen aufzutrumpfen.

Ankunft der aus belgischer Haft entlassenen Polizeibeamten.

Düsseldorf. Sonnabend vormittag trafen mit dem Brüsseler Schnellzug, von einem Vertreter der deutschen Gesandtschaft in Brüssel begleitet, der Polizeioberleutnant Reinhardt, Polizeioberwachtmeister Riebke und die Polizeiwachtmeister Klein, Grabbert, Doehmland und Vermeulen auf dem Hauptbahnhof ein. Sie wurden von ihren Familienangehörigen sowie Vertretern der preußischen Regierung und der Schutzpolizei begrüßt. In dem Regierungsgebäude richtete namens der preußischen Staatsregierung Vizepräsident Goßmann an die Beamten eine Ansprache, in welcher er ihnen in warmen Worten Dank und Anerkennung des Vaterlandes für ihr würdiges und mannhaftes Verhalten während der langen Haft aussprach. Sämtliche Beamte traten sofort einen Urlaub an.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung.

Reichskabinett und Arbeitslosigkeit.

Ueber die Beratungen des Reichskabinetts zum Arbeitsbeschaffungsprogramm erfahren wir nachträglich folgendes:

Es ist gelungen, im Bereich der verschiedenen Ressorts, insbesondere des Reichspostministeriums und des Reichsverkehrsministeriums mit Einschluß der Reichsbahn, in erheblichem Maß Arbeitsgelegenheit bereitzustellen und auch sonst in mannigfacher Weise zur Belebung der Wirtschaft beizutragen. In der Kabinettssitzung, in welcher der Reichsarbeitsminister über die Tätigkeit der Ministerialkommission für die Arbeitsbeschaffung berichtete, konnte insbesondere noch eine Einigung über wertvolle Ergänzungen des Kanalbauprogramms erzielt werden. Besonders erfreulich ist, daß nunmehr mit dem Bau des Stauweiers von Ottmachau gerechnet werden kann, das für den schlesischen Arbeitsmarkt wie für die Regulierung der Wasserverhältnisse der Oder gleich wichtig ist. Auch vorbereitende Arbeiten in der Frage einer Kanalverbindung zwischen dem Wurmrevier und dem Rhein sollen ausgeführt werden. In der produktiven Erwerbslosenfürsorge wird ein Erlaß des Reichsarbeitsministers, der gegenüber den bisherigen Bestimmungen auch weitergehende Erleichterungen und Vereinfachungen bringt, in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. In der Frage der sogenannten Ausgesteuerten, d. h. derjenigen Personen, deren Erwerbslosenunterstützung durch Ablauf der gesetzlichen Höchstdauer von einem Jahr zu Ende gegangen ist, hat schon vor der Kabinettssitzung eine Einigung der beteiligten Reichsressorts stattgefunden. Auch ohne eine gesetzmäßige und im Sinne fraglich Gesetzesänderung wird es möglich sein, die Gemeinden, die in nennenswertem Maß durch Erwerbslosigkeit belastet sind, finanziell instand zu setzen, den Ausgesteuerten eine der Erwerbslosenfürsorge gleichwertige Unterstützung zuzuwenden. Ferner wird veranlaßt, daß im Zusammenwirken von Arbeitsnachweis und Fürsorgeverband bedrohte Versicherungsanwartschaften langfristig Erwerbsloser vor dem Verfall bewahrt werden.

Durchführung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit: Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung ist ein weiterer Fortschritt dadurch gesichert, daß auch die preußische Staatsregierung der Durchführung eines zusätzlichen Wohnungsbauprogramms zugestimmt hat.

Damit ist auch auf dem Gebiete des Wohnungsbauprogramms die seitens des Reiches erforderliche Tätigkeit abgeschlossen. Das Reich gewährt denjenigen Ländern, die, wie Preußen und eine ganze Reihe anderer Länder, mit Rücksicht auf die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, einer Anregung des Reichsarbeitsministeriums folgend, neben dem ordentlichen Jahresbauprogramm ein zusätzliches Bauprogramm durchzuführen beabsichtigen, sofort vorschußweise die zur Aufnahme der Arbeiten erforderlichen Mittel. Diese Mittel werden dann von den Ländern, sei es aus der Hauszinssteuer, sei es durch Anleihen, im Laufe des Jahres aufgebracht. Die Beschaffung der ersten Hypotheken ist auf Grund von Verhandlungen des Reiches mit den Realkreditinstituten ebenfalls sichergestellt.

So ist eine erhebliche Förderung des Wohnungsbaues für dieses Jahr erzielt. Das Reich hat durch die Gewährung von 200 Millionen für Zwischenkredite auf erste Hypotheken im Anfang des Jahres die Beschaffung der Baugelder und der ersten Hypotheken erleichtert und eine Senkung des Zinsfußes gefördert. Während im vergangenen Jahre für erste Hypotheken noch bis zu 15 Prozent Zinsen zu zahlen waren, stehen jetzt bei den Hypothekenbanken solche zu 9½ Prozent und bei den Sparkassen auch noch zu einem billigeren Zinsfuß zur Verfügung. Die Zinsen für das Baugeld selbst betragen bekanntlich 7½ Prozent. Dringend erwünscht ist es allerdings, daß auch dieser Zinsbetrag noch erheblich gesenkt wird. Ein Zinsfuß von annähernd 10 Prozent bedeutet eine Verdoppelung des Friedenszinsfußes. Dies erscheint weder vom Standpunkt des Kapitalmarktes, noch von dem der allgemeinen Wirtschaft gerechtfertigt. Die neuesten Ausweise über die Entwicklung des Absatzes von Hypothekenpfandbriefen ergeben eine unerwartet starke Nachfrage nach dieser Form der Kapitalanlage. Bedauerlich ist es vor allem, daß die Vergütung für den Vertrieb der Pfandbriefe von den Banken neuerdings wieder auf 3 Proz. gesteigert worden ist. Vom Standpunkt der allgemeinen Wirtschaft, wie von dem einer gesunden Mietpreisbildung muß mit allen Kräften auf eine Senkung derartiger Kosten und Zinsen gedrängt werden.

Das zusätzliche Bauprogramm ermöglicht für das ganze Reich die Herstellung von etwa 20 000 Wohnungen über das Jahresbauprogramm hinaus. Dadurch kann die Beschäftigungslosigkeit der Bauarbeiter immerhin wesentlich vermindert werden. Einzelne Länder haben bereits die Finanzierung des zusätzlichen Bauprogramms, teilweise sogar in Verbindung mit einem einheitlichen Bauprogramm für 1927 durchgeführt. Es muß deshalb erwartet werden, daß überall wo in Kreisen der Bauarbeiter noch Erwerbslosigkeit besteht, die Durchführung des zusätzlichen Bauprogramms umgehend in Angriff genommen wird und daß die erforderlichen Mittel baldigst beim Reich abgerufen werden.

Zur Erwerbslosenstatistik.

Ueber die amtliche Erwerbslosenstatistik sind unzutreffende Nachrichten verbreitet worden. Der Umstand, daß seit Jahresbeginn die Notstandsarbeiter in der Statistik der Erwerbslosenfürsorge gesondert aufgeführt werden, wurde als Irreführung bezeichnet. Tatsächlich mußte eine Regelung erfolgen, weil die Arbeitsnachweise im Hinblick auf die besondere Stellung der Notstandsarbeiter sie teilweise in die Statistik aufnahmen, teils überhaupt wegließen. Bei der Neuregelung war folgendes zu beachten: Allerdings ist in bestimmten juristischen Beziehungen die Beschäftigung von Erwerbslosen bei öffentlichen Notstandsarbeiten eine Form der Erwerbslosenfürsorge. Bei der Statistik der Erwerbslosenfürsorge kommt es nicht hierauf an, sondern auf die wirtschaftliche und soziale Seite. In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht sind aber die Notstandsarbeiter nicht erwerbslos, sondern stehen in Arbeit und erhalten — abweichend von der früheren Regelung — grundsätzlich Tariflöhne. Es war demgemäß richtig, sie in der Statistik der Erwerbslosenfürsorge gesondert zu führen.

Unzutreffend ist es ferner, wenn in Teilen der Presse der beträchtliche Rückgang der Ziffer der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Julihälfte auf das Ausscheiden von langfristig Unterstützten aus der Fürsorge zurückgeführt wird. Im Gegenteil liegt eine unbestreitbare Besserung des Arbeitsmarktes vor. Das wird u. a. durch die Berichte der gewerkschaftlichen Verbände dargetan, die für den Monat Juli ebenfalls einen Rückgang in der Zahl ihrer arbeitslosen und ihrer in Kurzarbeit stehenden Mitglieder berichten.

Reise des Reichspräsidenten nach Pommern.

Der Herr Reichspräsident begab sich am Sonntag früh mit dem fahrplanmäßigen Zuge 8 Uhr 15 Minuten zur Teilnahme an der Feier der Hochzeit seines Enkels Herrn von Brockhusen mit Fräulein von Bandemer nach Rittergut Weitenhagen in Pommern.

In Stolp stattete der Reichspräsident dem Rathaus einen Besuch ab und nahm alsdann an der Einweihung der neuangelegten „Hindenburg-Kampfbahn" teil. Am Bahnhof Stolp, wo nachmittags die Ankunft erfolgte, wurde er von den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden empfangen. Nachdem er im Wartesaal den Kommandeur des dortigen Reiterregiments mit seinem Adjutanten, die Generale des alten Heeres aus Stadt- und Landkreis sowie die aus dem Stadt- und Landkreise erschienenen Veteranen der Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 begrüßt hatte, fuhr er unter jubelnden Zurufen der Menge zum Rathause, wo ihm auf der Freitreppe durch den Zimmermeister Karsten ein Pokal der Stolper Handwerkerschaft überreicht wurde. Im Stadtverordnetensaal wurde dann der Reichspräsident vom Oberbürgermeister Hasenjäger begrüßt, der ihn bat, das Ehrenbürgerrecht der Stadt Stolp anzunehmen und sich in das Goldene Buch einzutragen. Hierauf begab sich der Reichspräsident zur Hindenburg-Kampfbahn, wo er von Oberstudienrat Direktor Dr. Morner begrüßt wurde. In seiner Erwiderung auf die Ansprache erklärte der Reichspräsident, er sei ganz damit einverstanden, daß dem neuen Kampfplatz sein Name gegeben werde. Nach der Einweihung des Platzes führten Schüler sämtlicher Stolper Schulen Reigen auf, worauf die Hindenburg-Kampfspiele folgten. Nach einem Tee im Kasino des Reiterregiments Nr. 5 setzte der Reichspräsident seine Fahrt nach Weitenhagen fort, wo er der Hochzeit seines Enkels beiwohnt.

Die Rückkehr des Reichspräsidenten nach Berlin ist für Donnerstag vorgesehen.

Ein Glückwunsch des Reichspräsidenten an Geheimrat von Tilly.

Reichspräsident von Hindenburg, der Schirmherr des Deutschen Ostbundes, hat dem Geheimen Oberregierungsrat von Tilly, dem Präsidenten des Deutschen Ostbundes, zu seinem 60. Geburtstage folgendes Glückwunschschreiben zugehen lassen:

Sehr geehrter Herr Geheimrat!

Zu Ihrem 60. Geburtstage entbiete ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Ich gedenke am heutigen Tage in aufrichtiger Anerkennung Ihrer vaterländischen Arbeit und Ihrer Verdienste um die aus den abgetretenen Gebieten des Ostens verdrängten Deutschen und wünsche, daß Ihre Tätigkeit dem fürsorgerischen, sozialen und kulturellen Werke des Ostbundes noch recht lange erhalten bleiben möge.

Mit freundlichen Grüßen von Hindenburg.

Unterbindung der deutschen Stahlausfuhr nach Australien.

Der australische Handelsminister hat dieser Tage dem Parlament einen neuen Zolltarifentwurf vorgelegt, der eine etwa zwölfprozentige Erhöhung der Einfuhrzölle gewisser Kategorien von Eisen- und Stahlerzeugnissen vorsieht. In deutschen industriellen Kreisen ist man der Ansicht, daß sich diese Maßnahme gegen die Ausfuhr deutscher Eisen- und Stahlerzeugnisse nach Australien richtet. Von Seiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie ist mit den zuständigen Reichsstellen deswegen bereits Fühlung genommen worden, um durch Vermittlung der britischen Regierung die Inkraftsetzung der australischen Zollvorlage zu verhindern.

SLUB
Wir führen Wissen.